

Murray G. Hall

Vom höfischen zum freien Literaten Kleine Sozialgeschichte der Literatur

Sich Gedanken zu machen über die materielle Lage oder auch die gesellschaftspolitische Stellung der Schriftsteller heißt, entweder den gewagten Versuch eines gelehrten-historischen Abrisses der „Autorengeschichte“ (ab wann?) zu unternehmen, sich allein auf „literarische Sozialfälle“ der Vergangenheit zu beschränken oder Problemkataloge der Gegenwart zu plündern. Der Einfachheit halber wollen wir uns hier um eine Mischform bemühen, die auf irgendwelche Vollständigkeit oder einheitliche Perspektive keinen Anspruch erhebt und auch kuriose Fälle der schriftstellerischen Selbsthilfe kurz streift.

Robert Musil setzte sich in seinem geistreichen Feuilleton „Eine Kulturfrage“ aus der Sammlung „Nachlaß zu Lebzeiten“ damit auseinander, wie viele Menschen davon (gut) leben, daß keiner recht weiß, was ein Dichter ist. Eines war aber sicher: „Denn mag das Wort ‚Dichter‘ in der Geschichte des Geistes unserer Zeit auch noch so wenig bedeuten, unauslöschlich werden kommende Geschlechter seine unerwartete Spur in der Wirtschaftsgeschichte vorfinden.“

Klagen, die man heutzutage zu hören bekommt, daß es den Schriftstellern so schlecht geht, hat es immer gegeben. Mit dem Unterschied, daß sie in der jeweiligen Gegenwart umso dringlicher klingen. Nur: der Gedanke, daß Menschen vom Erwerb ihrer Schriften auch leben können wollen, ist verhältnismäßig jung. Etwa ab dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts begannen sich deutsche Schriftsteller zu „emanzipieren“, doch der nunmehr „freie“ Schriftsteller handelte sich im Laufe dieser vielschichtigen Entwicklung zugleich „Unfreiheiten“ und Abhängigkeiten ein. Nun war er – pathetisch ausgedrückt – frei zu hungern. Dichtung, nach der Regelkunst wurde passé. Jeder konnte ohne besondere Befähigung, ohne Befähigungsnachweis Schriftsteller werden, und innerhalb weniger Jahrzehnte taten es Tausende und Abertausende, mit der Absicht bzw. in der Hoffnung, auch vom Schreiben zu leben. Schreiben also als ausschließlicher Broterwerb.

Der „freie“ Schriftsteller unterschied sich vom höfischen Dichter wie vom ständischen Dichter insofern, als er nicht für Mäzene oder Gönner und ein klares abgegrenztes Lesepublikum – schrieb oder als Beamter, als Festbesoldeter, die Dichtkunst als nicht zu honorierende musische Nebenbeschäftigung betrieb und ansah. Der „freie“ Schriftsteller bedingte wiederum einen anderen, einen anonymen Markt, auf dem Literatur Warencharakter annahm, also sich den Gesetzen von Angebot und Nachfrage unterwarf.

Selbstverlage und Journale

Ein Schritt in-Richtung „Emanzipation“ war der Entschluß zu unterschiedlichen und unterschiedlich erfolgreichen Formen des Selbstverlags. Die Motive dafür, dem traditionellen Buchhandel den Rücken zu kehren, waren zwar nicht einheitlich, aber im Grunde genommen wollte man Literaturproduzenten und Produktionsmittel (wieder)

zusammenzuführen. Nur: nicht jeder, der zum Mittel des Selbstverlags griff, um ein höheres bzw. gerechteres Honorar zu bekommen und die eigene materielle Lage zu verbessern, ein Werk nach eigenem Geschmack zu gestalten oder Nachdruckern zuvorzukommen, war ein Geschäftsmann. Der wunde Punkt dieser „Selbsthilfe“ war der Vertrieb, und das Scheitern war vorausprogrammiert.

Sowohl der Gedanke des geistigen Eigentums, als des Urheberrechts, als auch der einer adäquaten, ja gerechten Abgeltung für geleistete geistige Arbeit setzte sich nur zögernd durch – gegen letztendlich wirtschaftliche Interessen anderer. Beide beeinflussten die materielle Lage des Schriftstellers erheblich. Große Bedeutung kam in dieser Zeit diversen Periodika – Almanachen, Journalen u. dgl. – zu, boten sie ja einem (jungen) Schriftsteller nicht nur die Möglichkeit einer Veröffentlichung, sondern auch die des Verdienstes.

Es ist freilich schwer zu sagen, wie viele jener 11.000 und mehr Schriftsteller von Beruf, die es nach Anfang des 19. Jahrhunderts in Deutschland gegeben haben soll, vom Schreiben leben oder überleben konnte, doch man geht gewiß nicht fehl in der Annahme, es können nicht allzu viele gewesen sein. Dasselbe trifft für unser Jahrhundert ebenfalls zu, wie jüngere Analysen gezeigt haben. Was jedoch die heutige Situation in Österreich von der Lage in den Zwischenkriegsjahren beispielsweise grundsätzlich unterscheidet sind erstens die öffentlichen Mittel für Verlage und Autoren. Mit anderen Worten kannte man in der Zwischenkriegszeit weder Autorenstipendien noch eine wenn auch noch so anfechtbare Verlagsförderung. Und dennoch mangelte es weder an Verlagen noch an Autoren. In Wahrheit gab es eine noch unbekannt bunte Palette von kleinen und mittelgroßen Verlagen.

Versiegte Geldquelle Zeitungsfeuilleton

Es mag sich vielleicht wie eine banale Feststellung anhören, aber eine für viele heute berühmte Autoren bis 1938 unverzichtbare Erwerbs- und Geldquelle war das Feuilletonschreiben für Zeitungen. Nicht nur gab es ungemein viele Zeitungen: auch deren Bedarf an Lesestoff, um Seiten zu füllen, war enorm.

Heute ist das Zeitungsfeuilleton praktisch ausgestorben und mit ihm eine früher wesentliche Verdienstmöglichkeit. Nebenbei bemerkt verzichteten die wenigsten Zeitungen der Ersten Republik auf den Abdruck zumindest eines Romans in Fortsetzungen, und es waren nicht immer „Bestseller“ von ausländischen Schriftstellergrößen.

Was das materielle Wohlergehen der österreichischen Schriftsteller etwa der Zwischenkriegszeit angeht, darf die Rolle der vielen Autorenorganisationen nicht unerwähnt bleiben. Eine Reihe von ihnen, darunter der eher „links“ anzusiedelnde Schutzverband deutscher Schriftsteller in Österreich, strebte besondere Begünstigungen, Ermäßigungen und dgl. für ihre Mitglieder an, richteten aber auch Kranken- und Sterbekassen ein und kämpften für gerechte bzw. höhere Honorare bei Zeitungen und beim Rundfunk.

Auf der Suche nach einer Standesvertretung

Eine Ausnahme unter den Dutzenden Vereinen bildete freilich der PEN-Club, der schon von den Statuten her, die geistigen und gesellschaftlichen Interessen und das Ansehen des österreichischen Schrifttums im In- und Ausland fördern wollte und einen Unterstützungsfonds unterhielt, sich aber nicht mit berufspolitischen Fragen befaßte. Versuche, der traditionell extremen (ideologischen) Segmentierung des literarischen Lebens in Österreich entgegenzuwirken und als „Stand“ hervorzutreten, hat es gegeben, wie etwa die Gründung (1927) des kurzlebigen Gesamtverbands schaffender Künstler Österreichs zeigt. Bemühungen, die österreichischen Schriftsteller kammermäßig zu organisieren und somit ihre materielle Lage zu verbessern, waren schon Mitte der zwanziger Jahre im Gange. In den dreißiger Jahren findet man allerdings entgegen anderslautenden Mutmaßungen keine Veranstaltung, die sich mit dem 1. Österreichischen Schriftstellerkongreß des Jahres 1981 vergleichen ließe.

Wem nützt der Ertrag von Literatur?

Unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs gab es Diskussionen über neue Verlagsformen, die zugleich ein verändertes Selbstbewußtsein der Autoren bedingte und zur Voraussetzung hatte. Ein kurzlebiger Versuch in Richtung „Sozialisierung der Dichtkunst“ war der Genossenschaftsverlag, der im Frühjahr 1919 gegründet wurde. Es ging hier darum, den „Dichter“, den „Denker“ aus der „Hand des Kapitals“ zu befreien und den kapitalistischen Verleger auszuschalten. Man beanspruchte – sozusagen als Variante der Autorenförderung – den „Ertrag aus den Büchern der Klassiker, der großen Toten aller Zeiten“. Denn dieser durfte nicht „Geschäftsleuten, Büchermachern, vor allem Neuen auf Neue verlegenen Verlegern zuströmen, sondern den Erben der vergangenen Dichter, den lebenden kommenden Dichtern. (Der Gedanke kehrte 1981 im Problemkatalog für den 1. Österreichischen Schriftstellerkongreß wieder, ohne ideologisch verfrachtetes Beiwerk). Das Wort müsse frei werden, Gemeinbesitz aller, hieß es 1919 weiter. „Unsere Arbeit gehört der „Menschheit“, liest man im Aufruf. Gesellschaftspolitisch gesehen, sollten die Dichter „endlich in die Reihe der Arbeiter“ gestellt werden.

Das Ziel des Genossenschaftsverlags, der sechs Gründungsmitglieder aufzuweisen hatte, war hochgesteckt: „die vollkommene Sozialisierung der Autoren, das heißt die Sicherung des vollen Lebensunterhaltes aller Genossenschafter“. Vom Reingewinn der verkauften Verlagswerke sollten progressive und perzentuelle Abzüge gemacht werden, und von diesen sollte eine Art „Sozialfonds“ gebildet werden. Die Fondsmittel sollten u. a. „der Unterstützung armer Autoren“, „der Unterstützung kranker Autoren“ sowie der „Gründung eines Heims und Errichtung einer Schule, in der Autoren als Lehrer wirken“ gewidmet sein. Doch diesem „revolutionären“ Vorhaben war so wenig Erfolg beschieden, wie Versuche Anfang der siebziger Jahre. Der Genossenschaftsverlag ging mit einem Schuldenberg 1922 ein.

Frappierend ist jedenfalls die völlige Absenz jedes Gedankens an öffentliche Förderung. Wohl aber gab es eine kurze Diskussion – der Zeitbazillus kam, wie im Fall Genossenschaftsverlag aus Deutschland – Anfang der zwanziger Jahre über die

Verstaatlichung des geistigen Eigentums, einen Plan, der von verschiedenen Autorenverbänden (in Deutschland) - ausging. Man empfand es - zumindest zu dieser Zeit - angesichts der allgemeinen Teuerung und Mittellosigkeit vieler Autoren als Selbstverständlichkeit, „den Privatkapitalismus in der Kunst zu beschränken, respektive zu besteuern und, da der Staat als solcher über keine entsprechenden Mittel verfügt, sich so selbst die notwendigen Einnahmen zu verschaffen“. Es sollte ein Gesetz verabschiedet werden, wonach der Staat nach Ablauf der damals 30jährigen Urheberrechtsschutzfrist eine Abgabe von den Verlegern, Theatern usw. einzuheben ermächtigt war. Hier sollte ein Reichskulturfonds u. a. bedürftige Künstler unterstützen. Sodann sollte es demnach auf lange Sicht nur mehr zwei Arten von Verlagen geben: den genossenschaftlich organisierten und den Klassikerverlag. Der Plan blieb Papier.

Literarische Sozialfälle

Einer, der sich in der Inflationszeit nach dem Ersten Weltkrieg durch die ihm persönlich lästige Lohnarbeit für Zeitungen über Wasser hielt, war Robert Musil. Die Motivation dafür, daß er 1921 das Kunst- und Theaterreferat der „Prager Presse“ übernahm, war die harte tschechische Währung dieser Zeit. Die Korrespondenz Musils wie auch die z.T. aufschlußreichere seiner Frau in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre geben Zeugnis von einer permanenten „augenblicklichen Geldknappheit (Musil): „Die Wiener Preise seh'n mich von oben herab und ich muß Zeilen schinden wie ein Herakles“, schreibt er 1923.

Dieser „scriptor honoraris causa“, wie Musil sich ironisch in einem Urgenzbrief an die „Prager Presse“ bezeichnet, lag seinem Vater gut 30 Jahre auf der Tasche, bevor er den Entschluss faßte, Schriftsteller zu werden. Als er 1922 vor seinem Posten im Heeresministerium abgebaut wurde, war er nolens-volens weniger auf Verlegervorschüsse und hauptsächlich auf Einnahmen von Zeitungsbeiträgen, die er gelegentlich mehrmals verkaufte, angewiesen. Etwas drastisch schreibt er 1923 an Arne Laurin von der „Prager Presse“: „Ich schicke voraus, daß ich mein Möglichstes tue, um nicht ausschließlich von der P. P. leben zu müssen, aber es ist mir bis jetzt nichts gelungen.“ Die Geldnot blieb Musil bis zu seinem Lebensende treu. Aber um der üblichen Legendenbildung entgegenzutreten: Sein nicht mehr zeitgemäßer Lebensstil hat auch das Seine dazu beigetragen.

Eine überflüssige Laufbahn

Musils zeitweiliger „literarischer Agent“, der etablierte 54jährige Tausendsassa Franz Blei, schilderte seine materielle Lage in den zwanziger-Jahren in seiner Bewerbung um den Preis der Stadt Wien für Dichtkunst im Jahre 1926 „Meine materiellen Glücksgüter, soweit sie sie in Geld ausdrücken, kann ich ohne Beschwer in meiner Westentasche tragen. Augenblicklich trete ich im Kabarett Pavillon auf. Nicht zu meinem Vergnügen, sondern um meinen Unterhalt zu bestreiten. (...) In Hinsicht auf das Endgeld, das die älteren Schriftsteller für ihre Tätigkeit gefunden haben, erscheint es mir, wenn Sie diese Bemerkung erlauben, richtiger, diese älteren Autoren mit einem Preise zu encouragieren für eine Laufbahn und Tätigkeit, die von Tag zu Tag überflüssiger, wertloser und weniger einträglich wird.“

Scriptor hono(ra)ris causa

Die Zahl jener Autoren, die nicht hauptberuflich literarisch arbeiten konnten und gezwungen waren, einen „Nebenberuf“ auszuüben, scheint eher die Regel denn die Ausnahme gewesen zu sein. Die Liste ließe sich beliebig vermehren. Wie das Tagebuch Heimito von Doderers etwa aus dem Jahre 1925 – der Autor war schon 29 Jahre alt – zeigt, war jedes Honorar – meist für einen Beitrag in der Zeitung „Der Tag“ – eine eigene Eintragung wert. Auch er war auf familiäre Unterstützung angewiesen. Erst die gute Aufnahme des 1951 erschienenen Romans „Strudelhofstiege“ ermöglichte es ihm, von seinen Einkünften als Schriftsteller zu leben.

Musil, Blei und Doderer sind freilich bloß drei Beispiele, auf die man nicht die materielle Lage der Schriftsteller reduzieren kann. Auch für andere gilt die Bezeichnung „scriptor honoraris causa“ ...

In: LESEZIRKEL. Literaturmagazin der Wiener Zeitung, Nr. 9, Jg. 1985, S. 15–16.